

 **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

[bmk.gv.at](https://www.bmk.gv.at)

BMK - IV/E1 (Legistik, EU und internationale
Angelegenheiten Eisenbahnen und Rohrleitun-
gen)
e1@bmk.gv.at

Dr. Alexander Funk
Sachbearbeiter/in

alexander.funk@bmk.gv.at
+43 (1) 71162 65 2102
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
Adresse zu richten.

ergeht per e-mail:
siehe nachstehender Verteiler

Geschäftszahl: 2020-0.550.379

Wien, 3. September 2020

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Eisen- bahngesetz 1957 und das Unfalluntersuchungsge- setz geändert werden; allgemeine Begutachtung

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie übermittelt in der Beilage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Eisenbahngesetz 1957 und das Unfalluntersuchungsgesetz geändert werden, samt Erläuterungen, Vorblatt einschließlich WFA und Textgegenüberstellung mit dem Ersuchen um Stellungnahme bis

1. Oktober 2020

an das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Abteilung IV/E1, e-mail-Adresse: e1@bmk.gv.at.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, darf angenommen werden, dass sich zum vorliegenden Gesetzesentwurf keine Bemerkungen ergeben.

Diese Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999; die Frist zur Stellungnahme im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

Weiters wird ersucht, die Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrates im Wege elektronischer Post an die Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at zu übermitteln und eine solche Übermittlung im Rahmen der Stellungnahme an das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie mitzuteilen.

Für die Bundesministerin:

Mag. Michael Luczensky

Das Schreiben ergeht an:

1. Parlamentsdirektion
2. Präsidentschaftskanzlei
3. Bundeskanzleramt
4. Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend
5. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
6. Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
7. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
8. Bundesministerium für Finanzen
9. Bundesministerium für Inneres
10. Bundesministerium für Justiz
11. Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport
12. Bundesministerium für Landesverteidigung
13. Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus
14. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
15. Amt der Burgenländischen Landesregierung
16. Amt der Kärntner Landesregierung
17. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
18. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
19. Amt der Salzburger Landesregierung
20. Amt der Steiermärkischen Landesregierung
21. Amt der Tiroler Landesregierung
22. Amt der Vorarlberger Landesregierung
23. Amt der Wiener Landesregierung
24. Verbindungsstelle der Bundesländer
25. Bundesarbeitskammer
26. Österreichischer Gewerkschaftsbund
27. Landwirtschaftskammer Österreich
28. Wirtschaftskammer Österreich
29. Fachverband der Schienenbahnen
30. Rechnungshof
31. Bundesverwaltungsgericht
32. Finanzprokurator
33. Österreichischer Gemeindebund
34. Österreichischer Städtebund
35. Schienen Control GmbH
36. Schienen Control Kommission
37. Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH
38. ÖBB-Holding Aktiengesellschaft
39. Vereinigung der Österreichischen Industrie
40. Verfassungsgerichtshof
41. Verwaltungsgerichtshof
42. Volksanwaltschaft

